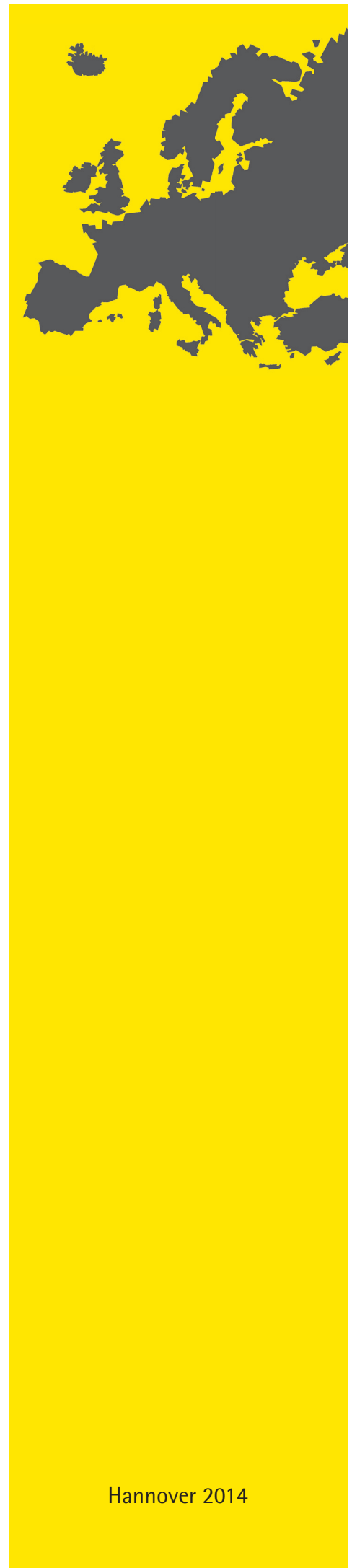


POSITIONSPAPIER
AUS DER ARL

95

Raumentwicklung 3.0 – Thesen zur Zukunft der räumlichen Planung



Raumentwicklung 3.0 – Thesen zur Zukunft der räumlichen Planung

Es wurden überwiegend grammatische Formen gewählt, die weibliche und männliche Personen gleichermaßen einschließen. War dies nicht möglich, wurde zwecks besserer Lesbarkeit und aus Gründen der Vereinfachung nur eine geschlechtsspezifische Form verwendet.

Geschäftsstelle der ARL:
Dr. Andreas Klee (klee@arl-net.de)

Positionspapier aus der ARL 95
ISSN 1611-9983
Die PDF-Version ist unter shop.arl-net.de frei verfügbar (Open Access).
CC-Lizenz BY-NC-ND 3.0 Deutschland

Verlag der ARL – Hannover 2014
Akademie für Raumforschung und Landesplanung
Satz und Layout: C. Moghaddesi, G. Rojahn, O. Rose

Zitierempfehlung:
Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2014):
Raumentwicklung 3.0 – Thesen zur Zukunft der räumlichen Planung.
Hannover. = Positionspapier aus der ARL 95.
URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-00955>

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL®)
Leibniz-Forum für Raumwissenschaften
Hohenzollernstraße 11, 30161 Hannover
Tel. +49 511 34842-0, Fax +49 511 34842-41
arl@arl-net.de, www.arl-net.de

Das Positionspapier wurde von den Mitgliedern des Organisationsteams der Jahrestagung des Jungen Forums der ARL „Raumentwicklung 3.0 – Gemeinsam die Zukunft der räumlichen Planung gestalten“, die vom 6. bis 8. Juni 2012 in Hannover stattfand, erarbeitet. Die darin enthaltenen Thesen wurden am 8. November 2012 im Rahmen der Mitgliederversammlung der ARL im „Gespräch der älteren Akademiemitglieder mit dem Präsidium“ zur Diskussion gestellt. Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Gesprächs wird an dieser Stelle noch einmal für ihre konstruktiven Anregungen und Hinweise gedankt.

Dr. Patrick Küpper, Thünen-Institut, Institut für Ländliche Räume, Braunschweig

Dipl.-Ing. Meike Levin-Keitel, Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover, Institut für Umweltplanung, Hannover

Dipl.-Ing. Friederike Maus, Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover, Institut für Freiraumentwicklung, Hannover

Dipl.-Ing. Peter Müller, Energieagentur Rheinland-Pfalz GmbH, Region Westerwald, Altkirchen

Sara Reimann, M. Sc., Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Referat „Räumliche Planung, raumbezogene Politik“, Hannover

Dipl.-Geogr. Martin Sondermann, Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover, Institut für Umweltplanung, Hannover

Dipl.-Ing. Katja Stock, Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover, Institut für Geschichte und Theorie der Architektur, Hannover

Dipl.-Geogr. Timm Sebastian Wiegand, Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Referat „Räumliche Planung, raumbezogene Politik“, Hannover

Vorwort

Das Präsidium der ARL begrüßt das Positionspapier „Raumentwicklung 3.0 – Thesen zur Zukunft der räumlichen Planung“ von Mitgliedern des Jungen Forums außerordentlich. Der Betrachtungsfokus des Positionspapiers liegt u.a. auf einer adäquaten Beteiligung von Stakeholdern und Bürgern – ein Thema, das im Wechselspiel mit den Aufgaben repräsentativ-demokratischer Institutionen und deren Akteuren gesehen werden muss. Die ARL möchte besonders die Rolle und die Kooperation mit entscheidungslegitimierten politischen Gremien würdigen. Ihre Arbeit ist ein wesentlicher Garant für das Funktionieren unserer repräsentativen Demokratie.

Eine der wichtigsten Akademie-Aufgaben besteht in der Politikberatung. Auf kommunaler Ebene wird beispielsweise durch transdisziplinäre Forschungsprojekte ein reger Austausch von kommunalpolitisch engagierten Bürgern, lokaler Wirtschaft, kommunalen Politikgremien und der raumwissenschaftlichen Forschung ermöglicht. Auf Bundesebene sind das „parlamentarische Frühstück“ oder die Aktion der Leibniz-Gemeinschaft „Science meets parliament“ interessante Andockpunkte, die den wechselseitigen Transfer von Wissen zwischen politisch-planerischer Praxis und Wissenschaft bereichern.

Die ARL versteht sich als aktive Vermittlerin zwischen den Akteuren der räumlichen Entwicklung. Das Präsidium unterstützt deswegen das Junge Forum als eine wichtige Plattform, die es Nachwuchswissenschaftlern und -praktikern ermöglicht, einen Vermittlungsbeitrag zu leisten und diese Aufgabe in die Zukunft zu tragen.

Klaus J. Beckmann
Präsident der ARL

Patrick Küpper, Meike Levin-Keitel, Friederike Maus, Peter Müller, Sara Reimann,
Martin Sondermann, Katja Stock, Timm Wiegand

Raumentwicklung 3.0 – Thesen zur Zukunft der räumlichen Planung

Präambel

Die folgenden Thesen wurden im Anschluss an die Jahrestagung 2012 des Jungen Forums der ARL von den Organisatoren der Tagung gemeinsam erarbeitet. Im vorausgegangenen Call for Papers waren die Mitglieder des Jungen Forums aufgerufen worden, sich mit ihren Beiträgen zum Thema „Raumentwicklung 3.0 – Gemeinsam die Zukunft der räumlichen Planung gestalten“ einzubringen. Aus den Bewerbungen heraus wurden vier Arbeitsgruppen zusammengestellt, deren Struktur auch in diesem Papier aufgegriffen wird. Die Themen der Tagung wurden durch dieses Vorgehen maßgeblich von den Teilnehmern bestimmt. Die folgenden Thesen gewähren somit einen Einblick in die Arbeitsfelder, Beweggründe und Gedanken der Menschen, die das Junge Forum 2012 gestaltet haben. Ziel der Thesen ist es,

- die Nachwuchsgeneration zur Diskussion untereinander und mit anderen Generationen aufzufordern,
- sie dazu anzuregen, sich mit ihrem Selbstverständnis auseinanderzusetzen, und
- Impulse zu einer aktiven Positionierung von Planern sowie Wissenschaftlern, die sich mit räumlicher Planung beschäftigen, zu geben.

Am Anfang der beruflichen Laufbahn können die vielen Herausforderungen des komplexen Tätigkeitsfeldes der räumlichen Entwicklung einschüchternd wirken. Austausch und Unterstützung in einem Netzwerk wie dem Jungen Forum der ARL tragen dazu bei, die Herausforderungen selbstbewusst anzugehen und Verantwortung für die Gestaltung von Raum und Region, von Prozessen und Projekten zu übernehmen.

Herausforderungen für die räumliche Planung

(1) Die Energiewende wird die Raumentwicklung in erheblichem Maße beeinflussen und zu neuen Raumnutzungskonflikten führen, deren Lösung im Sinne der Nachhaltigkeit v. a. auch vom proaktiven planerischen Entscheiden und Handeln abhängt.

Die nach der Atomkatastrophe in Japan beschlossene Energiewende stellt die räumliche Planung vor große Herausforderungen. Die im Energiekonzept der Bundesregierung angestrebten Ziele – u. a. soll der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch bis 2050 auf 60 % steigen – sind ambitioniert und der damit verbundene flächenintensive Ausbau der erneuerbaren Energien und des Stromnetzes wird zu neuen Raumnutzungskonflikten führen. Planer im politisch-administrativen Bereich sind daher aufgefordert, zwischen konkurrierenden Raumnutzungsansprüchen zu vermitteln und abzuwägen, um auf der einen Seite Flächen vor unangemessenen Eingriffen zu schützen und auf der anderen Seite geeignete Flächen für den Ausbau erneuerbarer Energien sowie der Netze zu sichern. Zudem sollten sie auch aktiv zum Erfolg der Energiewende beitra-

gen, indem sie bei der Suche nach Standorten für erneuerbare Energien (z. B. Windkraft, Freiflächenphotovoltaik, Biomassenutzung), für konventionelle Ersatzanlagen (z. B. Gas- und Kohlekraftwerke) sowie nach Speicherstandorten (z. B. Pumpspeicherkraftwerke) mitwirken. Im Rahmen des Ausbaus des Stromnetzes sollten sie bei der Ermittlung von notwendigen und geeigneten Trassenkorridoren und der späteren Festlegung des exakten Trassenverlaufs aktiv werden. Darüber hinaus sollten sie ihre Expertise in die Entwicklung von Energiekonzepten einbringen, die sich dem Umgang mit Strom, Wärme und Verkehr widmen.

(2) Der Klimawandel stellt die Gesellschaft in den nächsten Jahren vor eine große Aufgabe, zu deren Bewältigung die räumliche Planung einen wichtigen Beitrag leisten kann, wenn sie ihren Gestaltungsauftrag aktiver wahrnimmt und sich stärker in Governance-Prozesse einbringt.

Der Klimawandel ist ein Fakt. Nach den Prognosen des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) findet bis zum Jahr 2100 eine globale Erwärmung von 1,1° bis 6,4°C statt, die unsere Gesellschaft vor enorme Herausforderungen stellt. Im Umgang mit dem Klimawandel sind zwei Handlungsfelder zu berücksichtigen: zum einen der Klimaschutz, um die globale Erwärmung zu begrenzen (Reduzierung der Emission von Treibhausgasen, Sicherung und Entwicklung von natürlichen CO₂-Senken), zum anderen aber auch die Anpassung an die Folgen des Klimawandels, die aufgrund der bereits emittierten Treibhausgase nicht mehr abwendbar sind. Die Anpassung umfasst den Umgang sowohl mit „schleichenden“ Veränderungsprozessen als auch mit Extremereignissen (z. B. Hochwasser, Hitzewellen, Starkregen, Stürme), deren Eintrittswahrscheinlichkeit in Zukunft steigt. Die räumliche Planung kann eine wichtige Rolle bei der Bewältigung dieser Aufgaben übernehmen. Die Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel und der Aktionsplan zu deren Umsetzung betonen beispielsweise die Relevanz der Raumplanung bei der Entwicklung und Implementierung von integrativen, regionalen Strategien. Dies setzt jedoch voraus, dass Planer auf der einen Seite ihren Gestaltungsauftrag aktiver wahrnehmen und sich stärker in Governance-Prozessen einbringen, aber auf der anderen Seite auch die notwendige politische Unterstützung dazu erhalten, um den Auftrag in angemessener Art und Weise wahrnehmen zu können.

(3) Der immer dringlicher werdende Schutz der Biodiversität und von Ökosystemdienstleistungen kann nur dann gelingen, wenn die Instrumente der räumlichen Planung noch stärker als bisher genutzt werden.

Ohne die biologische Vielfalt ist kein menschliches Leben auf der Erde möglich. Die Reinigung von Luft und Wasser, aber auch die Fruchtbarkeit von Böden ist vom Zusammenwirken von Tieren, Pflanzen, Pilzen und Mikroorganismen abhängig und für den Menschen von existenzieller Bedeutung. Weltweit und auch in Deutschland findet ein dramatischer Rückgang der Biodiversität statt, der v. a. auf menschliches Handeln zurückzuführen ist. Zudem wird das Angebot von Ökosystemdienstleistungen (z. B. die Speicherung von Treibhausgasen, die Bereitstellung von sauberem Trinkwasser, die Bildung von Humus, die Bestäubung von Nutzpflanzen) durch menschliches Handeln erheblich beeinträchtigt. Ökosysteme besitzen zwar eine gewisse Regenerationsfähigkeit, sie sind aber nicht beliebig belastbar. Manche Beeinträchtigungen führen zu irreversiblen Schäden. Um die in der „Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt“ angestrebten Ziele zum Schutz der Biodiversität zu erreichen, sind in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft noch größere Anstrengungen als bisher vonnöten. Insbesondere die

Landschaftsplanung und die Raumplanung bieten unterschiedliche Instrumente, um den Schutz von Natur und Landschaft räumlich zu steuern. Sie müssen jedoch noch stärker als bisher genutzt werden, um dem Nachhaltigkeitspostulat gerecht zu werden. Der Einsatz der Instrumente kann zudem nur dann erfolgreich sein, wenn es auch gelingt, politische Entscheidungsträger, Mitarbeiter von Verwaltungen und Verbänden, die Massenmedien, aber v.a. auch die Bürger frühzeitig und kontinuierlich in den Planungsprozess einzubeziehen und vom Wert des Schutzes der biologischen Vielfalt für das eigene Leben und das Leben künftiger Generationen zu überzeugen. Aufgabe der Raumordnung ist es, für einen fairen und nachvollziehbaren Abwägungsprozess zu sorgen, damit trotz der Wichtigkeit der ökologischen Belange auch die sozialen und wirtschaftlichen Belange angemessen berücksichtigt werden.

Räumliche Planung im (Werte-)Wandel

(4) Die Legitimation und Relevanz der räumlichen Planung muss auch aufgrund wachsender Bürgeremanzipation und des Einflusses der Privatwirtschaft neu diskutiert und begründet werden.

Besonders Großprojekte, wie das viel diskutierte „Stuttgart 21“, mit ihren langen Planungs-, Genehmigungs- und Realisierungszeiten entziehen sich in ihrer Entwicklung häufig dem Blickfeld der Öffentlichkeit. Erst bei einschneidenden Ereignissen, wie Abrissen oder Rodungen, erlangen die Vorhaben die öffentliche Aufmerksamkeit, auch wenn bereits im Rahmen frühzeitiger Bürgerbeteiligung (die dann bereits Jahre zurückliegt) darüber entschieden wurde. Daher müssen sich die für die räumliche Planung Verantwortlichen darüber bewusst sein, dass die Beteiligung der Öffentlichkeit besonders frühzeitig erfolgen und auch wiederholt über das gesamte Verfahren verteilt erfolgen sollte. In Projekten muss auf neue Entwicklungen reagiert werden können, es müssen aber auch „points of no return“ deutlich gemacht werden. Dieses Vorgehen erfordert eine modifizierte Art der Projektplanung: Neben der Beachtung gesetzlicher Vorgaben sollte das Augenmerk der Planenden immer auch auf sinnvollen Kommunikations- und Beteiligungsformen liegen.

(5) Die räumliche Planung muss einen Mittelweg finden zwischen relativ langwierigen Planungsprozessen mit einer adäquaten Beteiligung der Öffentlichkeit und den viel schnelleren Entwicklungs- und Entscheidungserfordernissen und -möglichkeiten in Wirtschaft und Medien.

Die räumliche Planung muss auf verschiedenste gesellschaftliche Anforderungen reagieren: Im Rahmen von Globalisierungs- und Liberalisierungsprozessen drängt die Wirtschaft auf immer größere Freiräume zur Wahrung von Flexibilität und Wettbewerbsfähigkeit. Entwicklungen in den Bereichen „Demografie“ und „Migration“, aber auch Veränderungen der Lebensstile als Auswirkungen einer veränderten, pluralisierten Gesellschaft führen zu immer weniger berechenbaren Planungsparametern. Die bereits oben genannte Energiewende und der Klimawandel stellen hohe Ansprüche an eine gerechte und nachhaltige Raumnutzung. Daher muss die Moderationskompetenz der Raumplanung genutzt werden, um im kooperativen Diskurs mit den Bürgern eine Position im Sinne des Gemeinwohls zu entwickeln. Damit ist ein Zeitproblem verbunden, da fachlich fundierte, mit einer Vielzahl von Akteuren abgestimmte Planung langwierige Prozesse erfordert, die inkongruent sind mit schnellen unternehmerischen Entscheidungen, gesellschaftlichen Modeerscheinungen, den Themenkonjunkturen in den Medien oder

dem rasanten technischen Fortschritt. Diesen Spagat zu vollziehen, ist eine kontinuierliche Herausforderung der räumlichen Planung. Planer müssen daher gegenüber den politisch Verantwortlichen, Investoren, Interessengruppen und der Öffentlichkeit für ausreichend Zeit werben und ihr Vorgehen entsprechend begründen.

(6) Die räumliche Planung ist von einer Ökonomisierung gekennzeichnet, durch die andere gesellschaftliche Ziele in den Hintergrund gedrängt werden.

Die politischen Akteure möchten in der Regel möglichst optimale Rahmenbedingungen für Unternehmen in der eigenen Stadt oder Region – also Standortvorteile – schaffen. Dem Wachstumsziel wird häufig vieles untergeordnet. Unternehmen, Unternehmensverbände und Kammern nutzen ihren politischen Einfluss (Lobbying), ihre finanziellen Mittel (Sponsoring, Kofinanzierung) sowie ihre Kompetenzvorsprünge (eigene Gutachten, Managementenerfahrungen, Informationsvorsprünge privatisierter Daseinsvorsorgeanbieter), um auf die Entwicklung von Städten und Regionen Einfluss zu nehmen. Vor diesem Hintergrund fällt es Planern immer schwerer, soziale, kulturelle und ökologische Belange gegenüber wirtschaftlichen abzuwägen und im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung in Einklang zu bringen.

Bedeutung des Digitalen – Kultur der virtuellen Realität

(7) Schnelle Internetanbindungen haben als wichtige Infrastrukturen an Bedeutung gewonnen.

Internetbasierte Dienstleistungen bzw. Angebote ergänzen bisher überwiegend stationäre bzw. konventionelle Angebote, Dienstleistungen und Infrastrukturen, ersetzen diese aber nur teilweise. Ein Bedeutungsverlust des physischen Raumes zeichnet sich nicht ab, da sich auch Aktivitäten des virtuellen Raumes im physischen Raum niederschlagen – sei es durch Treffen und Termine, die nach Kontaktaufnahme im Internet an einem realen Ort stattfinden oder beispielsweise durch Transporte, die infolge von Produktbestellungen via Internet realen Straßenverkehr verursachen. Internetbasierte Infrastrukturen können dabei einen wesentlichen Beitrag zur Daseinsvorsorge leisten, beispielsweise durch telemedizinische Angebote im ländlichen Raum, die vorhandene stationäre Angebote aufwerten. Das Internet verfügt einerseits über eine performative Komponente, die dazu anregt, Aktivitäten online zu entwickeln, die sich auch offline niederschlagen, andererseits ist es ein harter Standortfaktor und ein klarer Beitrag zur Daseinsvorsorge.

(8) Interaktivität, on- und offline, schafft neue Spielräume für Partizipation.

Die Möglichkeit der Einbeziehung der Nutzer über internetbasierte Anwendungen schafft neue Möglichkeiten und Formen der Beteiligung. Dabei muss beachtet werden, dass diese noch selektiv wirken und sich nur Teile der Nutzergruppen, die einen Internetzugang haben, einbringen (können). Internetanwendungen stellen hierbei Plattformen für den Datentransfer, Ausstellungsräume von Planungen und Ergebnissen, Raum für Simulationen und Diskussionsforen dar. Wichtig ist es, die im Netz stattfindenden Aktivitäten an Prozesse im analogen Raum anzubinden und den Austausch zwischen On- und Offline-Prozessen zu fördern und zu nutzen. Die „aufsuchende“ Beteiligung, die aktiv auf von der Planung berührte Bevölkerungsgruppen zugeht, erhält einen weiteren Ort, an dem sich Zielgruppen aufhalten: das Internet. Voraussetzung dafür, diese Potenziale nutzen zu können, ist eine entsprechende personelle und materielle Ausstattung der für die räumliche Planung zuständigen Verwaltungen.

(9) Planungsprozesse werden zukünftig noch stärker in einem Neben- und Miteinander sowohl digitaler als auch analoger Bestandteile ablaufen.

Das planerische Instrumentarium wird in allen Bereichen seit Langem durch Computeranwendungen ergänzt und seit der allgemeinen Zugänglichkeit des Internets auch durch dieses vernetzt. Allerdings bestehen sehr unterschiedliche Qualifikationen bezüglich des Wissens über Vorteile von digitaler Datenverarbeitung und -vernetzung und der Fähigkeiten, damit umzugehen. Hochspezialisierte Wissenschaftler sowie Praktiker nutzen den Werkzeugkasten der Internetanwendungen mit hoher Virtuosität, während in manchen Verwaltungsstellen keine oder nur wenige Kenntnisse über die aktuellen technologischen Möglichkeiten bestehen. Diese Lücke muss geschlossen werden.

Um die positiven Effekte von Digitalisierung und Vernetzung zu steigern und negative Auswirkungen (z. B. Exklusion ungenügend geschulter Akteure und nicht internetaffiner Bevölkerungsgruppen) zu minimieren, ist mehr Offenheit gegenüber neuen Technologien notwendig, aber auch eine bessere Aufklärung über ihre Chancen. Die Privatwirtschaft hat das Web 3.0 längst für sich entdeckt, d. h. dass internetgestützte Datenverarbeitung, die georeferenziert ist, räumlichen Koordinaten zugeordnet wird. Beispielsweise können Nutzer mit verschiedenen frei zugänglichen Programmen im Internet auf einfachste Art Karten selbst entwerfen, teilen und somit Daten räumlich darstellen. Bezüglich des Einsatzes von GIS-Programmen oder internetgestützten Anwendungen bestehen in Wissenschaft und Verwaltung dagegen oft noch Hindernisse, auch Kenntnisse über Umgang und Nutzen sind weniger ausgeprägt.

(10) Sowohl digitale als auch analoge Prozesse müssen flexibel, integrativ, partizipativ und transparent gestaltet sein.

Viele Ansprüche, die an die Aufbereitung von Planungsprozessen im Internet gestellt werden, sind so auch schon längst an die herkömmlichen Verfahrensweisen gestellt worden: Prozesse müssen flexibel, integrativ und partizipativ gestaltet sein. Dabei stellt eine verständliche Sprache einen wichtigen Grundsatz dar. Die im Internet weit verbreitete Kultur der Interaktivität von Konsumenten, die auch gleichzeitig Produzenten sind (sogenannte Prosumenten), stellt einen neuen Impuls für diesen Anspruch dar, der sich auch auf Offline-Prozesse übertragen lässt. Planung könnte sich stärker an Konzepte wie „Open Source“ anlehnen: Die Quellcodes von Programmen werden offengelegt und jeder bastelt mit, wenn er Zeit und die entsprechenden Fähigkeiten hat. Produkte werden organisch weiterentwickelt, indem jederzeit Updates gemacht werden, und nicht erst nach längeren Zeiträumen. Übersetzt für die Planung heißt das: Offenlegen der Entscheidungsfindungen und von Absprachen in einem transparenten, gut organisierten Prozess, der immer wieder verbindliche Meilensteine festhält, aber nie als fertig und somit unveränderlich gilt, sondern wo gerade der Entwicklungscharakter von Raumnutzungen betont wird. Erste Beispiele sind lernende Prozesse, die immer wieder an sich verändernde Rahmenbedingungen angepasst werden.

Dimensionen eines zeitgemäßen, kooperativen Planungsverständnisses

(11) Das Übertragen praktischer und theoretischer Ansätze anderer Disziplinen in die räumliche Planung ist eine Grundlage für ein zeitgemäßes, kooperatives Planungsverständnis.

Ein zeitgemäßes Planungsverständnis ist eines, das neue Praktiken und Denkweisen annimmt, diese inkorporiert und gegebenenfalls auch mit gewohnten Blickwinkeln, Denk-

und Handlungsmustern bricht. In diesem Sinne sind nicht mehr allein nur die herkömmlichen Beteiligungsverfahren von Belang, sondern vielmehr innovative Beiträge einer engagierten Bürgerschaft, einer offenen und flexiblen Verwaltung und einer verantwortungsbewussten Wirtschaft zur gemeinsamen räumlichen Entwicklung. Zentrale Aufgaben beziehen sich auf die Gestaltung des Umgangs der Planungsverwaltung mit zivilgesellschaftlichen Bottom-up-Initiativen und umgekehrt auf das Überdenken des Planungsverständnisses mittels kultur- und sozialwissenschaftlicher sowie psychologischer Zugänge und Methoden. Vor allem sollten Planer die Möglichkeit und den Willen haben, ihr eigenes planerisches Denken und Handeln zu reflektieren. Dazu gehört auch das Einbringen einer ganzheitlichen Denk- und Sichtweise in Politik, Verwaltung und Gesellschaft, denn dies ist eine ihrer wesentlichen Stärken, von denen andere Disziplinen profitieren können.

(12) Die Etablierung einer zeitgemäßen Beteiligungskultur in der räumlichen Planung kann nur gelingen, wenn Planerinnen und Planer auf einer gesamtgesellschaftlich gelebten Demokratie aufbauen können.

Die Umsetzung theoretischer Ansätze zur gemeinsamen, kooperativen Planung stößt in der Praxis immer wieder an ihre Grenzen. Das liegt u. a. an einem selektiven Engagement bestimmter Gruppen, an der Komplexität und Langwierigkeit von Planungsprozessen, an Interessenskonflikten und ungleichen Machtverteilungen. Gerade die Ausbildung von Planern sollte hierauf Bezug nehmen und die Planungskommunikation und die Rolle der Planer als Moderatoren stärker in den Fokus nehmen. Zukünftige Planer sollten sich bereits in der Ausbildung einerseits selbst als handelnde Subjekte (mit individuellen Werten) und andererseits als moderierende Mittler begreifen. Das impliziert eine Reflexion der eigenen (fachlichen) Position, um diese in der Moderatorenrolle klar vom fachlich-inhaltlichen Planungsprozess zu trennen. Nur so kann es gelingen, breite zivilgesellschaftliche Gruppen anzusprechen, „mitzunehmen“ und gemeinsam eine Kultur der Beteiligung durch das gemeinsame Erlernen demokratischen Handelns zu entwickeln. Grundlage für eine solche Beteiligungskultur in der räumlichen Planung ist zum einen eine Sensibilisierung dafür, wer beteiligt ist und wer nicht bzw. wem eine Planung nützt oder wem nicht. Zum anderen müssen gewisse Rahmenbedingungen, wie die Schaffung von Transparenz, eine zielgruppengerechte Aufbereitung von Informationen, die Versachlichung von Diskussionen, die Fähigkeit zur Übersetzung zwischen Fach- und Alltagssprachen sowie eine Bereitschaft zum gemeinsamen Lernen sowie zu einem gesellschaftlichen Diskurs gegeben sein.

(13) Bestehende Planungsinstrumente und -verständnisse bedürfen einer Überprüfung und Anpassung an sich verändernde Rahmenbedingungen.

Die Instrumente der räumlichen Planung müssen auf den Prüfstand gebracht und gegebenenfalls an die neuen Rahmenbedingungen (Herausforderungen und Möglichkeiten) angepasst werden (vgl. Thesen 1 bis 10). Aus dem Anspruch an ein zeitgemäßes, kooperatives Planungsverständnis und die Entwicklung einer Beteiligungskultur ergibt sich auch die Erforderlichkeit einer kontinuierlichen Weiterentwicklung von Methoden und Instrumenten der räumlichen Planung. Dies impliziert nicht das Einführen neuer Instrumente und Methoden, sondern die Ergänzung und Modifikation bestehender Ressourcen (z. B. die Ergänzung des Baugesetzbuchs um § 9 Abs. 2 – Baurecht auf Zeit als eine Anpassung des Rechts an die Praxis der Zwischennutzung). Zugleich gilt es, bisher existierende Strategien, Instrumente, Initiativen, Projekte und Programme zu verstetigen, um eine Langfristigkeit und Überschaubarkeit der Ressourcen (z. B. von Fördermitteln) zu gewährleisten. Durch die Verbindung von Kontinuität mit Anpassungsfähigkeit und einer

interdisziplinären Betrachtungs- und Arbeitsweise kann die räumliche Planung eine Schlüsselposition in einer zukunftsfähigen, gemeinsamen und generationengerechten räumlichen Entwicklung einnehmen.

Autorinnen und Autoren

Dr. **Patrick Küpper** (*1983) studierte Geographie an der Universität Trier und promovierte im Rahmen eines Stipendiums am Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e.V. (IÖR) bzw. an der TU Dresden. Seit 2009 arbeitet er am Thünen-Institut für Ländliche Räume in Braunschweig. Zu seinen Forschungsthemen gehören Herausforderungen des demografischen Wandels und Strategien der Daseinsvorsorge. Im Jahr 2011 wurde er für fünf Monate ans Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) ins Referat 416 „Entwicklung ländlicher Räume“ abgeordnet.

Meike Levin-Keitel (*1980) ist Diplom-Ingenieurin der Landschafts- und Freiraumplanung. Sie hat in Hannover und Tours studiert und ist derzeit wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Umweltplanung der Leibniz Universität Hannover. Dort promoviert sie zum Thema „Die Renaissance innerstädtischer Flusslandschaften im Spiegel der lokalen Planungskultur“.

Friederike Maus, geb. Schüle, (*1979), Diplom-Ingenieurin, ist seit 2011 am Lehr- und Forschungsgebiet Freiraumpolitik und Planungskommunikation der Leibniz Universität Hannover tätig. Dort promoviert sie zum Thema „Widerborstige Projekte – Identifikation potenzieller Konflikte in der Planung“. Sie hat Raum- und Umweltplanung an der TU Kaiserslautern studiert. Vor dem Antritt der Promotionsstelle war sie im Verbandswesen tätig.

Peter Müller (*1979) ist Diplom-Ingenieur und leitete von Mitte 2010 bis Ende 2013 das wissenschaftliche Referat „Natürliche Ressourcen, Umwelt, Ökologie“ in der Geschäftsstelle der ARL. Nach seinem Studium in Hannover und Bristol (Großbritannien) war er zunächst in der kommunikativen Stadt- und Regionalentwicklung beim Planungsbüro KoRiS in Hannover tätig, bevor er 2007 eine Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Geschäftsstelle der ARL antrat. Seit Januar 2014 ist er als Regionalreferent für die Energieagentur Rheinland-Pfalz GmbH tätig.

Sara Reimann (*1977) ist seit 2009 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle der ARL und promovierte zum Thema „Methodik des internationalen Vergleichs von Stadtplanungssystemen“. Nach ihrem Studium der Stadtplanung in Hamburg, Valladolid (Spanien) und Weimar war sie zunächst im Quartiersmanagement in Programmgebieten der Sozialen Stadt tätig. Für die ARL leitete sie das Programm „Europäisches Junges Forum“ und beschäftigt sich mit der Online-Datenbank COMMUN. Online-Profil unter: www.xing.com/profile/Sara_Reimann

Martin Sondermann (*1983) ist Diplom-Geograph. Er hat Geographie, Geologie und Gartenbauwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin studiert und ist derzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Umweltplanung der Leibniz Universität Hannover. Dort promovierte er zum Thema „Planungskulturen in der kooperativen Stadtgrünentwicklung“.

Katja Stock (*1978), Dipl.-Ing. Landschafts- und Freiraumplanung, seit 2009 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Planungs- und Architektursoziologie der Leibniz Universität Hannover, engagiert in der Forschungsinitiative TRUST. Befasst sich in Forschung und Lehre mit Planungstheorie sowie gesellschaftlichen Wandlungsprozessen und ihren Auswirkungen auf urbane Landschaften. War bereits tätig bei: Internationale Bauausstellung IBA Hamburg/büro lucherhandt, Hamburg/PlanKom, Hannover.

Timm Sebastian Wiegand, (*1985), Diplom-Geograph, seit 2012 wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand in der Geschäftsstelle der ARL. Studium der Geographie am Institut für Wirtschafts- und Kulturgeographie der Leibniz Universität Hannover und an der School of City and Regional Planning der Cardiff University, Wales bis 2011; 2011 bis 2012 wissenschaftlicher Mitarbeiter in dem Baltic Sea Region Programme Projekt „BalticClimate – Challenges and Chances for local and regional development generated by Climate Change“.

Aktuelle Positionspapiere aus der ARL

shop.arl-net.de

- Nr. 95 **Raumentwicklung 3.0 – Thesen zur Zukunft der räumlichen Planung.** Positionspapier aus dem Jungen Forum der ARL. Hannover, 2014.
URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-00955>
- Nr. 94 **Privilegierung von Außenbereichsvorhaben i.S.d. § 35 BauGB.** Positionspapier aus dem Informations- und Initiativkreis „Regionalplanung“ der ARL. Hannover, 2013.
URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-00943>
- Nr. 93 **ARL-Empfehlungen zum Netzausbau für die Energiewende.** Positionspapier aus dem Ad-hoc-Arbeitskreis „Raumverträglicher Netzausbau“ der ARL. Hannover, 2013.
URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-00931>
- Nr. 92 **Anforderungen an ein zukünftiges Zentrale-Orte-Konzept. Beispiele aus Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland.** Positionspapier aus der Arbeitsgruppe „Ausstattungsprofile Zentraler Orte unter veränderten Rahmenbedingungen – das Beispiel von Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland“ der Landesarbeitsgemeinschaft Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland der ARL. Hannover, 2013.
URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-00927>
- Nr. 91 **Nutzungen im Untergrund vorsorgend steuern – für eine Raumordnung des Untergrundes.** Positionspapier aus der Arbeitsgruppe „Raumordnung für Nutzungen im Untergrund“ der Landesarbeitsgemeinschaft Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein der ARL. Hannover, 2012.
URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-00919>
- Nr. 90 **„Zugspitz-Thesen“: Klimawandel, Energiewende und Raumordnung.** Positionspapier aus der Arbeitsgruppe „Klimawandel und Nutzung von regenerativen Energien als Herausforderungen für die Raumordnung“ der Landesarbeitsgemeinschaft Bayern der ARL. Hannover, 2012.
URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-00905>
- Nr. 89 **Postfossile Mobilität und Raumentwicklung.** Positionspapier aus dem Ad-hoc-Arbeitskreis „Postfossile Mobilität und Raumentwicklung“ der ARL. Hannover, 2011.
URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-00896>
- Nr. 88 **Raumordnerische Aspekte zu den Gesetzesentwürfen für eine Energiewende.** Positionspapier aus dem Ad-hoc-Arbeitskreis „Neuausrichtung der Energieversorgung“ der ARL. Hannover, 2011.
URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-00880>
- Nr. 87 **Einzelhandel in Nordrhein-Westfalen planvoll steuern.** Positionspapier aus der Arbeitsgruppe „Einzelhandel“ der Landesarbeitsgemeinschaft Nordrhein-Westfalen der ARL. Hannover, 2011.
URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-00876>
- Nr. 86 **Zukünftige Ausgestaltung des Risikomanagements in der Raumplanung.** Positionspapier aus dem Arbeitskreis „Risikomanagement als Handlungsfeld in der Raumplanung“ der ARL. Hannover, 2011.
URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-00869>



ISSN 1611-9983

www.arl-net.de